beträchtlichen Zuwendungen, die man Personen machen will, die zu den Reichsten im Lande gehören, auch arme Steuerzahler aufkommen müssen. Auf die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird in der Begründung der Mehrforderungen hingewiesen. Nun, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben jetzt **viele Tausende arbeitslos gemacht und dem Elend zugeführt.** Als dem Landtage diese traurigen Thatsachen vor Augen geführt wurden, hatte er dafür nur ein Achselzucken und einige halb ironische Vertröstungen. Derselbe Landtag und dieselbe Regierung, die für Notstandsarbeiten nichts hatten, wollen jetzt das Land mit einer halben Million belasten, damit die an der Spitze stehenden Personen höhere Zuwendungen erhalten!" Und es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß der Landtag, der so viel geknausert hat, sich jetzt freigebig zeigen wird.

Vorläufig sind übrigens keine Mittel zu dem Mehrbedarf in dieser Finanzperiode vorhanden. Man behilft sich mit dem Reservefonds, der zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben eingerichtet worden ist. Was soll aber werden, wenn sich andere große unvorhergesehene Ausgaben nötig machen, was bei der wirtschaftlichen Depression, in der wir leben, und in der ungünstigen Finanzlage sehr leicht eintreten kann? Dann wird man einfach wieder über Ueberschreitungen zu klagen haben.

* * *

Die Thronrede, die gestern vom König Georg bei der feierlichen Eröffnung des außerordentlichen Landtags verlesen worden ist, beschäftigt sich **in erster Linie mit der Erhöhung der Apanagen. Sonst enthält sie recht wenig.** Viele hatten wohl eine Art Programm des neuen Königs erwartet. Wer nicht die wiederholte, diesmal in etwas größerer Breite abgegebene Versicherung, es solle im alten Geleise weiter gehen, für ein Programm ansehen will, ist enttäuscht worden. Für uns aber ist die Erklärung in der Thronrede, es solle im Geiste König Alberts weiter regiert werden, ein Programm und zwar ein recht bedeutungsvolles. Es bedeutet für uns, daß die Polizeiwirtschaft in der bisherigen Weise bestehen soll und man nach wie vor den Arbeitern die größten Schwierigkeiten bei Ausübung ihrer Rechte bereiten wird und der **„neue Kurs" im Zeichen der Volksentrechtung** stehen wird. Das besagt wahrlich genug. Der Hinweis auf die Regierung König Alberts bedeutet aber auch, daß unser Industrieland zum Nachteile der Arbeiterschaft und seines Gewerbes nach agrarischen Grundsätzen regiert werden soll und man sich den Wünschen und Forderungen der Großgrundbesitzer geneigt zeigen wird, **während man für die Not der breiten Massen kein Geld übrig hat.** Im Geiste König Alberts regieren, heißt: trotz aller Not in den breiten Massen des Volkes soll nichts dagegen gethan werden, sondern die Arbeiter sollen noch mit allen Mitteln verhindert werden, sich bessere Lebensbedingungen zu erringen! Fürwahr, für uns ist die Thronrede ein Programm. Das Volk weiß es zu würdigen! Die Besitzenden werden es dagegen mit großer Befriedigung aufgenommen haben. Und sie haben alle Ursache dazu!

* * *

Die Thronrede hat folgenden Wortlaut:

Meine Herren Stände!

Zu tiefstem Schmerzgefühle sehe ich Sie heute das erste Mal um mich versammelt, nachdem der unerforschliche Ratschluß Gottes dem Lande seinen besten, edelsten Fürsten, mir den treuesten Freund und Bruder entrissen hat.

Konnte mir in dieser erschütternden Heimsuchung etwas Trost und Beruhigung gewähren, so waren es die Kundgebungen aufrichtiger Trauer, welche in allen Kreisen des Volkes, in allen Teilen des Landes zum Ausdruck gelangt sind, so waren es die Beweise treuer Anhänglichkeit an mein Haus und vertrauensvollen Entgegenkommens, die mir bei diesem Anlasse in so wohlthuender Weise entgegen gebracht worden sind, wofür auch an dieser Stelle den tiefempfundenen Dank zu erkennen zu geben mir besonderes Bedürfnis ist.

Wie ich es bereits dem Lande und dem Volke gegenüber ausgesprochen habe, ist es mein ernster Wille, im Sinne des Verewigten die Regierung zu führen und seine Schöpfungen mit sorgsamer Hand zu pflegen und zu erhalten.

Nicht besser können wir sein Andenken feiern, als wenn wir in seinem Geiste fortwirken und auf dem Grunde fortbauen, den er gelegt hat.

Es sind nicht die gewöhnlichen Aufgaben der Thätigkeit der Stände, wie sie der Gang unseres öffentlichen Lebens in periodischer Wiederkehr darbietet, zu deren Erledigung Sie heute hier zusammentreten. Ich habe Sie vielmehr berufen, um in Rücksichtnahme der Bestimmung in § 115 Absatz 2 der Verfassungsurkunde über die nach § 22 Absatz 2 dieser Urkunde im Falle eines Regierungswechsels erforderliche anderweite Festsetzung der Civilliste sowie über einige in diesem Falle notwendig werdende Aenderungen in den Apanagen und anderen Gebührnissen einzelner Glieder meines Hauses mit meiner Regierung eine Vereinbarung zu treffen.

Die zu diesem Ende Ihnen zu machenden Vorlagen befinden sich bereits in Ihren Händen und sehe ich Ihrer darauf zu fassenden verfassungsmäßigen Entschließung entgegen.

Da Sie nur erst vor wenigen Wochen Ihre regelmäßige Tagung geschlossen haben und weitere Regierungsgeschäfte, die Ihre Mitwirkung erheischen, zur Zeit nicht vorliegen, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Ihre jetzige außerordentliche Zusammenkunft Sie nur kurze Zeit hier festhalten wird und daß Sie bald zu Ihren heimischen Herden werden zurückkehren können.

Meine Herren Stände! Wenn wir auch in Zukunft mit vereinten Kräften nach dem gleichen Ziele streben, so wird das treue Einvernehmen des gegenseitigen Vertrauens zwischen Thron und Volk, welches den schönsten Schmuck der Regierung des unvergeßlichen König Albert bildete, auch fernerhin unverkümmert bleiben.

Politische Uebersicht.

Gegen die Schwarzen.

Unser belgischer Korrespondent schreibt uns:

Die belgische Sozialdemokratie erlebt jetzt eine Wandlung mancher Anschauungen. Der Ausfall der letzten Wahlkampagne und der Ausgang des großen Kampfes um das allgemeine Stimmrecht haben sie zum Selbstprüfen veranlaßt. Die Zeit ist solchen Revisionen und den Betrachtungen über Fehler und Schwächen sehr günstig, denn in der hohen Politik geht nichts Wichtiges vor und das Parlament ist in den Ferien.

Einer der Umstände, die die Aufmerksamkeit aller fesseln, ist die beunruhigende Ausbreitung der klerikalen Macht in Belgien. Die achtzehnjährige ununterbrochene Herrschaft der Klerikalen in diesem erzkatholischen Lande konnte nicht ohne tiefen Eindruck bleiben. Eine ganze Generation ist bereits vom schärfsten Klerikalismus verseucht worden. Die öffentlichen und privaten Schulen, das Heer, die Justiz und die Verwaltung, die bei uns sehr ausgedehnte Macht hat, sind vom klerikalen Gift angefressen. Und wenn die Koalition — im guten Sinne! — nicht bei Zeiten von den großen Städten aus eingesetzt hätte, dann wäre Belgien heute ein kleines Spanien.

Die Gefahr ist außerordentlich groß und es wäre unsinnig, die Augen vor ihr verschließen zu wollen. Etwas anderes ist freilich, ob die Geschicke des Sozialismus von einem Siege über den Klerikalismus abhängig gemacht werden sollen. Obschon der Sozialismus in erster Linie die ökonomische Umwälzung anstrebt, darf er zweifellos nicht vernachlässigen, was die Menschen intellektuell und moralisch für die neue, von ihm befürwortete und erstrebte Gesellschaftsordnung würdiger und geeigneter macht. Schon die praktische Lebensführung der Sozialisten setzt eine der katholischen Unterwerfung unter Autoritäten und Dogmen direkt entgegengesetzte Moralität und Geistesverfassung voraus.

Aber in einem Lande wie Belgien, wo die katholische Religion so tiefe Wurzeln geschlagen hat, wäre es unsinnig, wenn man die Emanzipation der Proletarier, ja auch nur die reformistischen Verbesserungen ihrer Lage von einem Siege der Aufklärung über das Dogma abhängig machen wollte. Es giebt indessen sehr gute und unterrichtete Genossen, die uns auf diesen Weg drängen möchten. Unlängst hat der Generalrat des Parteivorstandes, der ungefähr dem deutschen Parteivorstande entspricht, die Frage gründlich erörtert. Einige Genossen wünschten, die Partei möge alle anderen Aufgaben einstweilen hintansetzen und zunächst einen heftigen Kampf gegen die Kirche eröffnen. Als interessantes Detail mag dabei angemerkt sein, daß gerade die ländlichen Vertreter am zähesten an diesem Vorschlage festhielten.

Unserer Meinung nach wäre ein derartiger Feldzug für unsere Partei höchst gefährlich. Im christlichen, stockfinsteren Flandern würden wir uns auf Jahre hinaus jede Möglichkeit des Eindringens abschneiden. Nicht als ob unsere jetzige Taktik auch nur im allergeringsten auf einem Kompromiß mit der katholischen Idee beruhte. Aber unser Antiklerikalismus ist sozialer Natur. Er bemüht sich nicht, fruchtlose Diskussionen über die katholischen Dogmen hervorzurufen und ihnen die wissenschaftlichen Wahrheiten entgegenzuhalten — unsere armen Bauern wären ja auch gar nicht in der Lage, solchen philosophischen Erörterungen mit dem allergeringsten Nutzen zu folgen. Nein, unser Antiklerikalismus bethätigt sich anders: wir zeigen unseren Zuhörern, daß immer und unter allen Umständen die Klassenprivilegien, die gesellschaftlichen Unterdrückungen, die politische Knechtung ihre stärkste Stütze in der Macht der Kirche gefunden haben.

Wenn man übrigens die immer wiederkehrende Koalition der klerikalen Bourgeoisie mit den „liberalen" Konservativen kennt und beobachtet, so leuchtet auch daraus ohne weiteres ein, daß es ganz verkehrt wäre, durch kulturkämpferische Faxen die Arbeiter in „Gläubige" und „Ungläubige" zu teilen, während die Gegner, unbeirrt um solche „Kleinigkeiten" in der Weltauffassung fest zusammenstehen.

Bei aller Sympathie für die Aufklärungsarbeit der Freigeister wird sich deshalb die sozialdemokratische Partei Belgiens nicht von dem richtigen Standpunkte strikter Neutralität in religiösen Fragen abbringen lassen.

Freisinnige Gewaltpolitik.

c. In Nürnberg rüsten sich unsere Parteigenossen für die im Herbste stattfindenden Gemeinderatswahlen. Am Sonntag wird der erste Schritt in die Wahlbewegung durch Verteilung eines Flugblattes erfolgen. In Nürnberg übt bekanntlich die freisinnige Stadtverwaltung ein Klassenregiment aus, wie es in der gleichen Unverfälschtheit wohl nicht leicht anderswo anzutreffen sein wird. Man wird auch kaum ein zweites Gemeinwesen finden, wo die große Masse der steuerzahlenden Bevölkerung so sehr entrechtet und ohne Einfluß auf den Gang der gemeindlichen Dinge ist, wie in dem freisinnig regierten Nürnberg. Seit 20 Jahren in Nürnberg im Reichstage, seit 9 Jahren im Landtage sozialdemokratisch vertreten, aber die Arbeiterschaft der bedeutendsten Industriestadt Bayerns auch im Rathause zum Worte kommen zu lassen, ist trotz aller Bemühungen bisher noch nicht gelungen, weil die herrschende Klasse sie absichtlich fern hält, um ihre einseitige Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten. Dabei scheut man sich nicht, die ungerechtesten Mittel zur Anwendung zu bringen. So wird z. B. dem überwiegenden Teile der Steuerzahler das Wahlrecht zur Gemeindevertretung vollständig vorenthalten. Von über 60000 Steuerzahlern besitzen kaum 10000 das Wahlrecht, weil dieses an den Besitz des Bürgerrechts gebunden ist und die Erwerbung des Bürgerrechts wiederum von einer hohen Gebühr abhängt, die die besitzlose Klasse nicht erschwingen kann. Der Sozialdemokratische Verein suchte schon seit vielen Jahren dieses schreiende Mißverhältnis dadurch einigermaßen auszugleichen, daß er vor jeder Wahl den Antrag stellte, die Wahl nach Bezirken vorzunehmen, wodurch es möglich würde, wenigstens einige Vertreter der Arbeiterschaft in das Rathaus zu bringen. Dieser Antrag wurde jedesmal unter der fadenscheinigsten Begründung abgelehnt, so auch heute wieder. Der Magistrat beschloß am Freitag, dem Ersuchen nicht zu entsprechen, weil die Einführung der Bezirkswahlen die Gefahr in sich berge, daß die Sonderinteressen zu sehr in den Vordergrund treten würden. Dabei ist die ganze bisherige Politik des freisinnigen Rates von Nürnberg die Sonderinteressenpolitik, wie sie im Buche steht! Ein anderer Antrag des Sozialdemokratischen Vereins wollte bezwecken, daß denjenigen Steuerzahlern, die in Nürnberg selbständig beheimatet sind, das Gemeindewahlrecht unentgeltlich erteilt wird. Auch dieser Antrag wurde unter den nichtigsten Vorwänden abgelehnt. Man glaubt immer noch, durch derartige Mittel verhindern zu können, daß die Sozialdemokratie in der Gemeinde zum Wort gelangt, aber die Herren können sich einmal das verrechnen. Unsere Nürnberger Genossen lassen sich dadurch selbstverständlich nicht abschrecken, mit aller Energie in den Wahlkampf einzutreten. Zunächst wird eine rührige Agitation entfaltet, um die Zahl der Bürger zu vermehren, da es in Nürnberg noch Tausende von Arbeitern giebt, die auf Grund ihrer Heimatsberechtigung, Aufenthaltsdauer u. das Bürgerrecht unentgeltlich oder gegen geringe Nachzahlung zu beanspruchen haben; durch die Agitation sollen sie über diese ihre Ansprüche aufgeklärt und veranlaßt werden, sie geltend zu machen. Einmal wird doch der freisinnige Ring gebrochen werden und die Sozialdemokratie auch auf dem Nürnberger Rathause einziehen.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Juli. Der Abg. Dr. Paasche, der während der Abwesenheit des Abg. Rettich den Vorsitz in der Kommission führte und bei dieser Gelegenheit beweisen wollte, wie eigentlich die Geschäfte in der Kommission behufs Durchpeitschung des Zolltarifes zu leiten seien, damit aber gründlicher abfiel, als seine Vorsitzenden-Kollegen, kann die persönlich erlittenen Niederlagen der letzten Tage noch nicht verwinden und übte dafür am Freitag fürchterliche Rache an der Kommission, speziell an deren Vorsitzenden Rettich, der nach seiner Meinung die Geschäfte viel zu lässig führt und den Rednern zu großen Spielraum läßt. Die Rache bestand in einer halbstündigen Rede, in der er die gestrigen Ausführungen des Abg. Reißhaus zweimal mit erkünstelter Emphase wiederholte und mit maliziösen Gebärden die Geduld des Vorsitzenden auf die Probe stellte.

Die Sozialdemokraten fanden diese Persiflage so ergötzlich, daß sie den Redner vielfach mit Bravos bedachten, während andere Abgeordnete mit verlegenen oder erstaunten Mienen die zeitvergeudende Spielerei des Abg. Paasche verfolgten.

So rächte sich der „heilige" Paasche, der dafür von den Sozialdemokraten mit großem Beifall belohnt wurde. Hätte er mit dieser Racherede einen Beweis seiner oratorischen Kräfte liefern wollen, so war das überflüssig; man weiß ja, daß der Herr über alles Mögliche und auch noch einiges andere reden kann. Beliebt es ihm aber, mehr solcher Späßchen zu machen, wird er an den Sozialdemokraten fröhliche Zuhörer finden, ohne ihre „Engelsgeduld" zu erschöpfen.

— Die gestrige Versammlung, in der Graf Pückler über seine letzte Gerichtsverhandlung sprach und den Gerichtshof und die deutsche Presse kritisierte, wurde nach halbstündiger Dauer polizeilich aufgelöst. Pückler erging sich in seinem Vortrage in den bei ihm üblichen Schmähungen auf das Judentum und glossierte hauptsächlich das gegen ihn ergangene Urteil des Glogauer Gerichts. Dieses Urteil erklärte er sachlich und juristisch als unhaltbar. Er sei Herr seines Grund und Bodens und könne auf demselben alles nach Belieben kurz und klein schlagen. Falls er wirklich die ihm in erster Instanz zuerkannte Strafe verbüßen müßte, werde er nach seiner Freilassung weiter demolieren. Eine Schande sei es, wie in Preußen Edelleute behandelt würden. Unbedingt müsse ein Sohn aus adligem Geschlecht von der Behörde anständiger behandelt werden, als ein Proletarier. (Lärm.) Es sei notwendig, daß sich alle Söhne des Lichts zu einer festen Phalanx zusammenscharten, um alles niederzutreten, was jüdisch sei. Hier erhebt sich der aufsichtführende Polizeileutnant und erklärt die Versammlung für aufgelöst.

Vom deutschen Kolonialschwindel. Der Außenhandel von Deutsch-Ostafrika zeigt im Jahre 1901 einen Rückgang von 1½ Mill. M. gegen das Jahr 1900. Das bedeutet einen Rückgang um etwa 10 Proz. Die Einfuhr hat um 1920000 M. abgenommen, die Ausfuhr dagegen ist um 330000 M. gestiegen. Die Einfuhr in den Schutzgebieten hängt in der Hauptsache ab von den Aufwendungen, die im Reichshaushaltsetat für die Schutzgebiete in den einzelnen Jahren gemacht werden. In Bezug auf die Ausfuhr ist eine Abnahme beim wertvollsten Artikel, bei Elfenbein, hervorgetreten.

Das Kolonialblatt folgert aus dem ungünstigen Gesamtergebnis, daß ohne die Schaffung leistungsfähiger Transportmittel der Handel in seinem gegenwärtigen Umfange kaum aufrecht zu erhalten ist. Nicht an Transportmitteln, sondern am Mangel von Produktionsmitteln, Arbeitskräften, Kapitalien und Naturkräften leidet Deutsch-Ostafrika. Aber den Schwärmern für Afrika-Bahnen müssen alle Dinge zum Besten dienen. Gewinnen die Verhältnisse den Anschein einer günstigeren Gestaltung, so wird daraus auf die Berechtigung von Bahnprojekten geschlossen. Wenn um-

---

Blätter sammeln, welche ironisch die Streiche Mettmanns zur Fabel des litterarischen Berlins machten, und sie krümmten ihren Rücken und fühlten sich sicherer, wenn Herr Mettmann ihre Hand wieder drückte.

Mitten unter ihnen erschien der alte R., der berühmteste unter den lebenden Dichtern Deutschlands, ein Mann von der zartesten Feinfühligkeit. Er wünschte Glück. Mettmann dankte mit seinem breiten Lachen und sagte nur:

„Sie nehmen also an? Ich zahle ihm eine Mark und fünfzig Pfennige für die Zeile, meine Herren. Was würden Sie da Zeilen schinden! Nehmen Sie sich ein Beispiel an ihm, er hat's so so weit gebracht als ich! Andere Zeitungen hatten ihm freilich nicht so viel zahlen müssen."

Pinkus wagte einen Witz.

„Seine Muse ist eine Katze im Sack," sagte er, mit einer Doppelverbeugung.

Der Dichter ging erst nach einigen Minuten fort, nachdem er das Geschäft mit dem Feuilleton der „Fanfare" gesichert wußte.

„Den hätten wir nun auch," sagte Mettmann und richtete sich hoch auf; seine Phantasie riß ihn fort. Sein Sohn war nicht da, er sah nur Leute, die er bezahlte; er mußte eine Renommierrede halten. Er forderte die Herren auf, ihn zu unterstützen, weil er mit seinem Blatte einmal alle Konkurrenten überflügeln wollte.

„An mir soll es nicht fehlen; ich will durch meinen Sohn die teuersten Maschinen aus England kommen lassen, und bessere [illegible] sollen Sie auch haben. Man verlangt besseres Papier. Sie sollen es haben; man verlangt bessere Lettern, ich will sie kaufen; aber dann müssen Sie auch besser schreiben, meine Herren; glauben Sie mir, das Publikum verlangt es. Es soll am Gelde nicht fehlen; lassen Sie schreiben, von wem Sie wollen, von Prostituierten und von Generalen, von Lebendigen und Toten, nur machen Sie mir ein gutes Blatt. Ich will so viel Abonnenten haben, daß ich mehr verdrucke als meine ganze Papierfabrik zu liefern im stande ist. Ich will, daß meine Konkurrenten alle ihre Dichter und ihre Redakteure, ihre Abonnenten und ihre Inserate an mich abgeben. Ich will das Zeitungsmonopol für mich."

Und wieder ertönte sein krachendes Gelächter.

„Meine Herren, gehen Sie an die Arbeit, und nehmen Sie sich die heutige Nummer zum Muster!"

Nicht ohne Grund konnte Mettmann sich so geberden: heute vor einem Jahre überlegte er zwischen den mürrischen Glückwünschen seiner Leute, ob er seine Zahlungen einstellen sollte oder nicht. Jetzt war er durch, wenn die Lage des Blattes auch lange nicht so glänzend war, wie er des guten Beispiels wegen seine Leute annehmen ließ.

Doch gerade heute führte der Zug plötzlich lebhaft nach oben. Viele neue Abonnenten waren von den Zeitungshändlern angemeldet worden, weitausstehende Inseratenaufträge waren von der Aktiengesellschaft „Fanfare" der Zeitung angekommen und nun begannen in der ersten Nummer die italienischen Briefe Bodes.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Ein weiser Richterspruch. Der pensionierte Komiker des Wiener Burgtheaters, Hermann Schöne, veröffentlicht im Juliheft der Deutschen Rundschau heitere Burgtheater-Erinnerungen aus den letzten Jahren. In lustiger Weise schildert Schöne, wie Direktor Laube des Richteramtes bei Zwistigkeiten zwischen Theaterleuten waltete. Bei einer Szenenprobe der Grille trat einmal während des Dekorationswechsels der alte Wagendiener Schendel, vorsichtig auf den Zehenspitzen gehend, auf den Regisseur zu:

„Jetzt, Herr Direktor, da muß i mich schon beklagen! Der Theatermeister Weber is mir so viel ein grober Ding. Wissen S', was er mir antragen hat? I sollt' ihn . . ."

„Genug!" schrie Laube, „ich kann mir's denken."

„Ja, Herr Direktor, das hat er mir antragen."

„Nun, Schendel," sagte Laube mit unbeugsamem Ernst, „haben Sie es gethan?"

„Aber na, Herr Direktor, na!"

„Das war gescheit, das haben Sie nicht nötig. Adieu!"

Voll hoher Befriedigung balancierte der alte Wagendiener den Weg zurück, den er gekommen war.

Heilige Einfalt. Der 92jährige Leo XIII. hat, Zeitungsnachrichten zufolge, kürzlich eine Frau, die ihn als ganz kleines Kind auf ihren Armen trug, in Privataudienz empfangen. Die beiden hatten sich seit jener denkwürdigen Zeit nicht wieder gesehen und der biederen Bäuerin erstes Wort war deshalb beim Anblick des Greises:

„Oh Gioachimo, hast Du noch immer keine Haare?"

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020705/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG